

CARE Klima-Index 2018

Pressegespräch am 16. Januar 2019

Statement Franz Wagner
Präsident Deutscher Pflegerat

-Es gilt das gesprochene Wort-

Die Abkühlung der Stimmung kommt für den Deutschen Pflegerat nicht überraschend. Die Versorgungsprobleme sind nicht zuletzt durch die mediale Aufmerksamkeit auch nach außen deutlicher geworden. Die Belastung am Arbeitsplatz hat sich 2018 für die Pflegefachpersonen nochmal spürbar verschlechtert. Zentrales Problem ist die chronisch zu hohe Arbeitsbelastung, die durch die Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen noch verschärft wird. Zu lange wurden die sich abzeichnenden Probleme der Pflegenden ignoriert. Auch außerhalb der Berufsgruppe erfahren immer mehr Menschen in der eigenen Familie Herausforderungen mit der Versorgung hautnah. Es ist ungeheuer schwierig geworden, bei plötzlichem Eintritt von Pflegebedürftigkeit Versorgung zu organisieren, da viele ambulante Pflegedienste und Pflegeheime nur über oft monatelange Wartelisten neue Patienten/Bewohner aufnehmen können. In den Krankenhäusern werden wegen Personalmangel bereits planbare Operationen abgesagt oder verschoben. Patienten können nicht in eine gute Weiterversorgung entlassen werden. Das wird auch bei der Bewertung der Überleitung aus dem Krankenhaus deutlich.

Besorgniserregend sind die Ergebnisse des Care Klima Index bezüglich der Versorgungsqualität und der Patientensicherheit. Sie bestätigen unsere langjährigen Warnhinweise. Wir erreichen mit den vorhandenen Ressourcen und Strukturen offensichtlich mittelmäßige bis schlechte Qualität in der Wahrnehmung der Befragten. Der Ansatz, Effizienzsteigerung und Kostendämpfung durch Wettbewerb zu erreichen, hat das Gegenteil erreicht.

Die verminderte Einschätzung des gesellschaftlichen Stellenwerts hat vermutlich mit dem Image des Berufes durch die schwierigen Arbeitsbedingungen zu tun, aber auch mit der allgemeinen Problemlage und dem damit verbundenen allgemeinen Eindruck von der Versorgungsqualität. Überraschend war die Bewertung, dass die politische Relevanz der Pflege schlechter bewertet wird als im Vorjahr. Angesichts der medialen und politischen Aufmerksamkeit für das Thema hätte ich hier einen anderen Trend erwartet. Die Bundesregierung war zum Zeitpunkt der Befragung etwas mehr als ein halbes Jahr im Amt. Etliche Gesetzesvorhaben waren gerade erst beschlossen oder im Beschlussverfahren. Diese konnten zum Befragungszeitpunkt also noch gar nicht wirken. Insgesamt sind bei den Pflegefachpersonen vor Ort aber bisher noch keine positiven Veränderungen im Arbeitsalltag zu spüren. Im Gegenteil, der zunehmende Personalmangel verschärft die Situation sogar noch. Dieser Wert ist - zumindest bei den Pflegefachpersonen - auch Ausdruck des über Jahre angesammelten Vertrauensverlustes, dass die Politik das Problem lösen will und wird, und einer gewissen Skepsis, ob die eingeleiteten Maßnahmen tatsächlich greifen werden bzw. ob sie sinnvoll gestaltet sind. Es ist wichtig, dass alles was bis jetzt beschlossen wurde nur erste Schritte sein können, denen weitere dringend folgen müssen. Auch beim bereits Beschlossenen haben wir als Deutscher Pflegerat in Detailfragen durchaus Kritikpunkte oder Sorgen wegen unerwünschter Nebeneffekte, wie z.B. bei den Pflegepersonaluntergrenzen oder der Anzahl der Stellen für Behandlungspflege in Pflegeheimen und sehen Ergänzungs-, Nachbesserungs- bzw. Weiterentwicklungsbedarf.

Es ist aber nicht die Politik alleine, die hier Verantwortung hat. Auch die Selbstverwaltung, die Arbeitgeber und die Berufsangehörigen selbst müssen ihren Beitrag dazu leisten. In der

Berufsgruppe müssen wir vor Ort deutlich machen, wenn Missstände herrschen und für eine Verbesserung eintreten. Bei den Trägern und Geschäftsführungen braucht es vielfach ein Umdenken in der Haltung zu den Mitarbeitenden. Mitarbeiterbindung muss einen höheren Stellenwert erhalten. Die Organisation der Arbeit muss auf den Prüfstand, von der verlässlichen Dienstplanung bis hin zu Dokumentation oder auch IT-Ausstattung. Es gibt auch unter bestehenden Rahmenbedingungen gute Versorgungsqualität und geringe Fluktuation. Wir müssen genauer hinschauen, woran das liegt und davon lernen. Und es braucht eine Investition in Führungskompetenz auf allen Ebenen. Auch bei der Vergütung ist die Spannweite regional und zwischen den Versorgungssektoren noch viel zu groß.

Eine große Personalressource und die einzige, die kurzfristig wirken kann, ist die Erhöhung der Wochenarbeitszeit bei den Teilzeitarbeitenden und die Rückgewinnung aus dem Pool von zehntausenden Pflegefachpersonen, die den Beruf frustriert verlassen haben. Um diese zu mobilisieren, müssen sich aber Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Deshalb - und um Vertrauen zu bilden - fordert der Deutsche Pflegerat, insgesamt 100.000 Stellen zusätzlich zu schaffen und diese fest zuzusagen. Ein schrittweises Vorgehen – jetzt oft begründet mit dem leergefegten Arbeitsmarkt – wird kein Vertrauen schaffen. Wir müssen parallel die stützen, die heute noch im Beruf aushalten und damit sicherstellen, dass Versorgung überhaupt noch stattfindet. Zu überprüfen ist auch, ob wir zum Beispiel wirklich jedes Krankenhaus in seiner heutigen Struktur offen halten müssen oder ob einige nicht besser in lokale Gesundheitszentren umgewandelt werden sollten. Auch dies würde Pflegepersonalressourcen freisetzen.

Der Deutsche Pflegerat hatte im Bundestagswahlkampf einen Masterplan Pflege gefordert. Mit der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) besteht die Chance, einen solchen Masterplan zu entwickeln. Wir haben hohe Erwartungen an die KAP, konkrete und aufeinander abgestimmte Fortschritte auf den Weg zu bringen. Die KAP ist vielleicht die letzte Chance, das Blatt zu wenden.

Dass pflegerische Versorgung eine Aufgabe ist, die mit hoher Belastung einhergeht, ist bekannt. Es gibt genügend Belege für die chronische Überlastung und den somatischen und psychischen Gesundheitsschäden bei Pflegefachpersonen und bei pflegenden Angehörigen. Der Care Klima-Index bestätigt, dass für pflegende Angehörige Pflegebedürftigkeit in der Familie in unterschiedlichen Dimensionen belastend ist. Hier ist mehr Unterstützung, z.B. durch Beratung, und Entlastung gefordert.

Angesichts der unterschiedlichen Ergebnisse des Care Klima-Index wird deutlich, dass wir deutlich mehr in die pflegerische Versorgung investieren müssen, wenn wir die Qualität der Versorgung erhöhen und Versorgung zukünftig sicherstellen wollen. Das gilt für die Langzeitpflege und gleichermaßen für die Akutpflege. Es ist bemerkenswert, dass ein sehr großer Teil der Befragten bereit ist, dafür mehr Geld zu zahlen. Das ist für die Politik ein gutes Signal, denn ohne Mehrausgaben wird es nicht gehen.

Zusammenfassend halte ich fest:

Es braucht eine Investition in die pflegerische Versorgung. Der an sich attraktive Beruf Pflege muss als Berufsoption aufgewertet werden durch bessere Personalausstattung, bessere Rahmenbedingungen und bessere Organisation pflegerischer Arbeit, einem Wandel des Images durch Anerkennung pflegerischer Kompetenzen, eine Investition in eine gute Ausbildung, die Karrierechancen im Beruf eröffnet, und in ganz Deutschland eine angemessene Vergütung der Pflegefachpersonen für ihre anspruchsvolle Aufgabe.

Die Pflegefachpersonen müssen mehr Gewicht bei der Gestaltung der Gesundheits- und Pflegeversorgung erhalten. Der einzige Weg dahin sind Pflegekammern auf Landes- und

Bundesebene. In drei Bundesländern gibt es bereits Pflegekammern. Für 2019 erwarten wir eine abgeschlossene Gesetzgebung für zwei weitere Länder.

Das Motto des Deutschen Pflergetages vom 14.-16. März 2019 in Berlin lautet: ‚Gepflegt in die Zukunft – JETZT!‘. Dort werden wir die im CARE-Klima-Index aufgeworfenen Fragen weiter in der Profession und mit der Politik diskutieren. Wir erwarten davon wichtige Impulse für die Sicherung und Weiterentwicklung der Pflege in Deutschland.

Ansprechpartner:

Franz Wagner

Präsident des Deutschen Pflegerats

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (0 30) 398 77 303

Telefax: (0 30) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de

Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 16 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsident des Deutschen Pflegerats ist Franz Wagner. Vize-Präsidentinnen sind Irene Maier und Christine Vogler.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken e.V. (VPU)